

Offene Gesellschaft statt autoritäre Wende

Gegen den Abbau des Rechtsstaats im Gewand der Migrationspolitik

Europa steht an der Schwelle einer autoritären Transformation. Wie auch in den USA unter Trump wird dabei deutlich, wie eng der Abbau des Rechtsstaats mit einer Anti-Einwanderungspolitik und rassistischer Hetze verwoben ist. Erneut werden in Deutschland Gewalttaten wie die Amoktat eines psychisch erkrankten Geflüchteten instrumentalisiert, um mit Verweis auf die innere Sicherheit fundamentale Grundrechte und EU-Recht auszuhebeln. Die Todesopfer müssen als neuerliche Munition für das Mantra „Jetzt ist es aber genug! Jetzt muss gehandelt werden!“ herhalten. Dabei werden Menschengruppen unter Generalverdacht gestellt und politische Verantwortlichkeiten unsichtbar gemacht. Migration wird zum Problem erklärt und als solches ins Zentrum einer politischen Auseinandersetzung gestellt, in der alle dringlichen gesellschaftlichen Fragen aus dem Diskurs verschwinden: Wer redet noch vom Frontalangriff auf Sozialstaat und Arbeiter*innenrechte, den unbezahlbaren Mieten, der unglaublichen Vermögensungleichheit, der desolaten Infrastruktur, der fulminanten Zerstörung unserer Lebensgrundlagen im Zuge des Klimawandels und von den nahezu täglichen Femiziden in Deutschland? Wer redet vom Rassismus, den so viele Menschen in ihrem Alltag in Deutschland erleben? Wer redet von der strukturellen Entrechtung von Menschen ohne deutschen Pass? Wer redet über das Sterben auf den Fluchtrouten und den traumatisierenden Erlebnissen, denen Flüchtende dort ausgesetzt sind?

Stattdessen arbeiten politische Akteure von Union und bis weit ins rot-grüne Lager am Ausbau eines ohnehin schon tödlichen Grenzregimes. Die Diskursrichtung wird dabei von der extremen Rechten vorgegeben, die seit Jahren ihre Narrative im Feld der Migrationspolitik vorantreibt. Davor warnen Studien zu Rechtspopulismus und autoritären Kipppunkten seit geraumer Zeit. Die Strategie der extremen Rechten scheint aufzugehen: Dem Trumpschen Skript folgend verspricht nun CDU-Kanzlerkandidat Merz, ab dem ersten Tag seiner Amtszeit per Dekret die Grenzen dicht zu machen, eine zeitlich unbegrenzte Abschiebehaft einzuführen und die Kompetenzen der Bundespolizei massiv auszuweiten.

Dabei weiß die CDU, dass rechtswidrige Vorhaben, wie die eines „faktischen Einreiseverbots“, das ausdrücklich auch für Personen mit Schutzanspruch gelten soll, nur über das Ausrufen eines nationalen Notstands möglich wären. Ihr Vorsitzender stellt sich damit in die Reihe mit anderen autoritären Regierungen in Europa, die Grundrechte über Notstandsverordnungen außer Kraft setzen - und die erfahrungsgemäß nicht bei der Entrechtung einer einzelnen gesellschaftlichen Gruppe Halt machen. Für Deutschland kommt hinzu: Es ist eine Lehre des Nationalsozialismus, dass Menschen nicht zeitlich unbefristet in Haft genommen werden dürfen.

Frontalangriff auf die Demokratie

Die Abstimmungen im Bundestag, bei denen Union und FDP mithilfe der AfD Mehrheiten für ihre rassistischen Vorhaben bildeten, sind ein nächster eklatanter Schritt hin zu einem autoritären Staatsumbau aus der Mitte. Er untergräbt nicht nur jegliches Vertrauen in das Versprechen einer Brandmauer, sondern ist ein Frontalangriff auf eine demokratische Gesellschaft.

Schuld am gegenwärtigen migrationsfeindlichen Klima ist jedoch nicht allein die Union. Auch Rot, Grün haben in der Ampelkoalition Einwanderung in den letzten Jahren immer wieder als (Sicherheits-)Problem adressiert und mit markigen Sprüchen „Härte“ und „Abschiebungen im großen Stil“ angekündigt. Eine Reihe von restriktiven Maßnahmen, wie die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und eine Politik des Aushungerns bei Geduldeten, wurden von der Ampel auf nationaler und europäischer Ebene auf den Weg gebracht. So folgt das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) mit seinen Grenzverfahren und Inhaftsetzungsmöglichkeiten einer ähnlichen Abschottungslogik. Die AfD gewinnt, die offene Gesellschaft verliert.

Selbstverständlich werfen Gewalttaten von Asylsuchenden wie in Aschaffenburg Fragen auf. Jedoch ganz anders, als sie dominant in der öffentlichen Debatte gestellt werden: Wie kommt es dazu, dass gefährdete kranke Menschen keine professionelle Hilfe erhalten, wenn sie explizit darum bitten? Und warum reagieren die Ermittlungsbehörden nicht bei gewalttätigen Personen, die den Behörden bekannt sind? Fehlende Prävention und Strafverfolgung sind ein Problem; doch die Gewalt hat mit der Herkunft der Täter nichts zu tun. Und mehr Sicherheit entsteht nicht durch eine Aufrüstung der Debatte und der Migrationspolitik. Kein Einreiseverbot, keine noch so militarisierten Grenzen hätten diese Taten verhindern können. Das zeigen alle Erfahrungen mit hochgerüsteten Grenzsystemen, sowohl in Europa als auch in den USA. Der Fokus müsste viel eher darauf liegen, welche Bedingungen zu diesen Gewalttaten führen. Schauen wir auf die Asylpolitik, zeigt sich ein System, das seit Jahren durch eine Gesetzesverschärfung nach der anderen die Schlinge um den Hals von Schutzsuchenden enger zieht. Zukunftsperspektiven werden den Menschen genommen. Die Unterbringung von Geflüchteten wird systematisch prekariert. Rechtliche und psychosoziale Beratungsstellen werden rigoros eingespart, ganz zu schweigen von den Restriktionen des Asylbewerberleistungsgesetzes, das dezidiert nur Notversorgung garantiert. Seit Jahrzehnten fordern Mediziner:innen, Ärztevereinigungen und Flüchtlingsräte erfolglos, gerade in puncto Gesundheitsversorgung, das Asylbewerberleistungsgesetz als Sondergesetz abzuschaffen.

Wenn wir von innerer Sicherheit sprechen, dann meint dies die Sicherheit einer Gesellschaft, in der Millionen Menschen - mit und ohne deutschen Pass - tagtäglich friedlich miteinander leben. Ein Viertel dieser Menschen hat einen Migrationshintergrund und ist direkt davon betroffen, wenn ein Klima geschaffen wird, das ausgrenzt und verängstigt. Eine Politik, die auf rechtspopulistische Empörung und den Ausbau von Sicherheitsapparaten und Grenzaufrüstung setzt, legt ohne Not die Axt an die Eckpfeiler von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Kurz vor den Bundestagswahlen ist es höchste Zeit zu verstehen, dass Gemeinwesen, Demokratie und Menschenrechte nicht durch Migration

gefährdet werden, sondern durch die Gewalt der ökonomischen und politischen Verhältnisse, in denen wir leben und die sich tagtäglich für viele Menschen auf dem Globus drastisch verschärfen. In den vergangenen Jahren verschärfen sich dabei auf ganz fundamentale Weise autoritäre Tendenzen.

Postmigrantische Gesellschaft verteidigen, heißt Demokratie für alle erstreiten

Statt die Rechte der Migration immer weiter abzubauen, gilt es ganz im Gegenteil, die Potenziale und Widerstandskraft einer vielfältigen Gesellschaft zu stärken. Wer möchte und wer kann wirklich in einer biederen Kultur des "Deutschseins" leben, die Merz, Weidel & Co anstreben? In einer Kultur, in der Praktiken der Solidarität im Alltag der postmigrantischen Gesellschaft durch bewusst inszenierte Formate von völkischer Vergesellschaftung, Hass gegen Andere und Ausgrenzung ersetzt werden? Wer möchte und wer kann in einer kulturellen Wüste leben, in der nationalistisch-rassistische Provinzialität herrscht - entgegen aller erkämpften demokratischen Freiheitsgrade und Möglichkeitsräume einer offenen Gesellschaft?

Dabei lehrt die deutsche Vergangenheit, sich den Anfängen von Ausgrenzungspolitiken zu widersetzen; "Nie wieder!" heißt, jedem Versuch, rassistischer Entmenschlichung und Entrechtung entgegenzutreten. In diesem Sinne fordern wir als "Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung" das sofortige Ende der asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Ausschlüsse. Stattdessen treten wir für eine Politik echter Gleichstellung ein. Es braucht Partizipations- und Mitbestimmungsrechte für alle, die von den Politiken in diesem Land betroffen sind, etwa durch ein Wahlrecht für alle, die hier leben. Als offene Gesellschaft gilt es, für eine soziale, ökologische und demokratische Zukunft für alle zu kämpfen.

Kritnet, den 21.02.2025